

Nach der Abstimmung : Abzocker - ein Beruf mit Zukunft

Autor(en): **Tobel, Urs von**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **139 (2013)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-945830>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Abzocker – ein Beruf mit Zukunft

Am 3. März haben die Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft der Abzockerei entschieden. Das Ergebnis wartet der «Nebi», dessen Redaktionsschluss vor dem Urnengang lag, schon gar nicht ab. Es steht bereits fest. Minder-Initiative hin, Gegenvorschlag her – den Abzockern blüht eine rosige Zukunft. Talentierte junge Männer müssten ja mit Blindheit geschlagen sein, würden sie sich der Berufung zum Abzocker widersetzen. Die venezianischen und hanseatischen Kaufleute riskierten noch den Seemannstod, wenn sie sich auf ihren Nusschalen auf die Meere wagten. Nur wenns gut ging, bauten sie mit den Gewinnen die herrlichsten Paläste. Solche Risiken brauchen die Abzocker unserer Tage nicht zu fürchten. Gehts gut, stellen sie ihre Gewinne schamlos zur Schau – falls es schiefeht, zahlen andere die Zeche.

Nun gehen wir Staatsbürger brav zur Urne. Ziemlich wahrscheinlich, dass der unerschrockene Thomas Minder klar gewonnen hat. Dann beginnen National- und Ständeräte mit ihren gesetzgebenden Arbeiten – und die Lobbyisten sind wieder mal mit von der Partie. Letzteren kommt ihre Erfahrung im Hinausschieben zugute, schliesslich verstrichen satte fünf Jahre von der Einreichung bis zur Abstimmung über das Minderersche Volksbegehren. Die legislative Arbeit erfordert Sachkenntnis und Umsicht – mit zehn Jahren bis zum verwässerten Gesetz muss man wohl rechnen.

Möglich auch, dass der Gegenvorschlag auf Zustimmung gestossen ist. Der vernünftige Gegenvorschlag, der allen nützt und der Wirtschaft nicht schadet. Logisch, buttert Economiesuisse acht Millionen in den Abstimmungskampf. «Lüge!», tönt es zurück, es seien gar nicht acht Millionen, aber wie viel es ist, sagt man dann doch nicht. Das ginge wohl zu weit. Millionen sind sicher geflossen, aber nicht, um den Schweizer Stimmbürger zu kaufen. Das könne man nicht, hat nämlich schon Gerold Bührer, der Vorgänger des heutigen Präsidenten, mal am Fernsehen gesagt. Also betreibt die Organisation halt Aufklärungsarbeit, sie opfert Millionen, um Herr und Frau Schweizer auf den richtigen Weg zu lotsen. Wie edel!

Das ist auch höchste Zeit, denn alle müssen dafür sorgen, dass die Schweiz wirtschaftlich

topp bleibt. In einem Jahr könnte der Gegenvorschlag umgesetzt werden. Zeitfetischisten sind sie jedoch mitmichten. Die guten Argumente sind auf ihrer Seite. Drei Beispiele mögen dies erläutern.

Über die Bezüge des Verwaltungsrates, des Beirates und der Geschäftsleitung beschliessen ab 2014 gemäss Gegenvorschlag die Aktionärinnen und Aktionäre. Sturheit wäre allerdings fehl am Platz. Denn gerade über die am meisten umstrittenen Bezüge, über diejenigen der Geschäftsleitung, können die Aktionärinnen und Aktionäre Ausnahmen beschliessen. Für Grossfirmen ist die Gefahr damit gebannt; dort ist die Mehrheit der Aktien sowieso in den Händen anderer Grossfirmen, welche im Gegenzug ihren Mann im Verwaltungsrat platzieren. Wie segensreich solche Regelungen sein können, zeigt das Beispiel der Swissair. Die Topshots aller Grossfirmen sassen im Verwaltungsrat – nicht ganz gratis. Warum die Firma dann trotzdem ihr Grounding hatte, bleibt wohl ewig ein Rätsel.

Abgangsentschädigungen oder Vergütungen im Voraus, wie sie beispielsweise Axel Weber bei der UBS bezogen hat, bleiben in

Zukunft verboten. Es sei denn, man benutze die Hintertür, welche auch hier klammheimlich eingebaut wurde.

Nach Bedarf können Kleinaktionäre von den Entscheidungen über Boni ausgeschlossen werden. Eine Regelung, die natürlich sehr gut ist, verstehen Kleinaktionäre von Wirtschaft doch meist ohnehin überhaupt nichts. Dumm ist nur, dass sie in ihrer Gesamtheit eine Grossmacht sind. Ihre Pensionskassen müssen nämlich ihr Geld anlegen. Thomas Minder verlangte darum, dass die Pensionskassen stets zugunsten ihrer Mitglieder abstimmen müssten, wenn es um Vergütungen gehe. Superboni sind bestimmt nicht in ihrem Interesse. Nun steht im Gegenvorschlag lapidar: Die Pensionskassen üben ihre Stimmrechte «wenn möglich» aus. Business as usual.

Also aufgepasst, ihr dynamischen, jungen Männer: Mit der Minderinitiative habt ihr noch gut und gerne zehn Jahre Zeit, um euch im Abzockergeschäft dumm und dämlich zu verdienen. Mit dem Gegenvorschlag fließen die Millionen noch länger. Ein echtes Vorbild sei euch der ehemalige Novartis-Boss Daniel Vasella. Politisch denkende Menschen raufen sich zwar die Haare, dass er sich gerade im Vorfeld der Abstimmung noch eine Abgangsentschädigung in Millionenhöhe unter den Nagel gerissen hat – aber was solls, was man hat, das hat man. Diese Mentalität herrscht auch in der UBS vor: Bei 2,5 Milliarden Franken Verlust wirft sie ihren Managern 2,5 Milliarden Franken nach. Schreiben wir die Zahl doch mal richtig aus: 2500 000 000.00 Franken.

Mit einem Volksaufstand in der Schweiz muss ja niemand rechnen – dafür geht es uns viel zu gut. Sollte es uns aber mal rapide schlechter gehen, sollten die entlassenen Banker keine Stellen mehr finden, wäre wohl alles ganz anders. Nach dem Ersten Weltkrieg hat es auch in der Schweiz geklopft – der Generalstreik brach aus. Ein Jahr zuvor, quasi als Warnsignal, streikten in Zürich die Bankangestellten (kein Witz). Würden sie wieder streiken? Dann verlöre der Franken endlich seinen blödsinnig hohen Kurs und die Exportwirtschaft könnte definitiv aufatmen. Alles dank den Abzockern.

URS VON TOBEL

Gefällt mir!



Möchten Sie satirisch auf dem Laufenden sein? Dann folgen Sie dem «Nebenspalter» auf Facebook und lassen Sie sich von tages- und wochenaktuellen Humor-Häppchen unterhalten. Der Beitrag «Das Medikament, auf das alle warten», am Vortag von Daniel Vasellas Millionenverzicht publiziert, erreichte weniger Stunden über 100 000 Leute erreicht – ob der der Novartis-Boss selbst davon umgestimmt wurde?